



Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Rathaus

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 26.04.2012

**AN/0605/2012**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

| Gremium | Datum der Sitzung |
|---------|-------------------|
| Rat     | 15.05.2012        |

**Mehr Sicherheit im Kölner Stadtgebiet**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 15.05.2012 zu setzen:

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf, in enger und frühzeitiger Zusammenarbeit mit Polizei und KVB, Diebstahls- und Gewaltdelikte im Stadtgebiet durch koordinierte präventive und reaktive Maßnahmen zu bekämpfen:

Der Rat beauftragt daher

1. die Verwaltung, das Thema „Angsträume“ bei künftigen Stadtplanungs-Verfahren verstärkt zu berücksichtigen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Ge- und Umgestaltung öffentlicher Räume zu erhöhen. Zudem sind - sowohl bei diesen Maßnahmen als auch in den bereits heute bekannten „Angsträumen“ - bedarfsgerechte Überwachungsmaßnahmen vorzusehen

und

2. die Kölner Verkehrsbetriebe, zwecks Erhöhung der Sicherheit in den Fahrzeugen, an den Bahnhaltstellen sowie in uneinsehbaren Zugängen (z.B. Tunneln) die bestehende Videoüberwachung auszuweiten und durch zeitgleiche Beobachtung der Monitore ein unverzügliches Eingreifen bei Zwischenfällen zu gewährleisten. Für die Umsetzung ist entsprechend dem örtlichen Gefährdungspotential und nach den Erfahrungen der KVB mit bereits bekannten problematischen Linien und Haltestellen eine Prioritätenliste zu erstellen

sowie

3. den Oberbürgermeister, sich beim Innenministerium der Landesregierung dafür stark zu machen, der Kölner Polizei mehr Personal zur Verfügung zu stellen, da die derzeit angewandte belastungsbezogene Kräfteberechnung die aktuelle Kriminalitätsentwicklung in Ballungsräumen und Metropolen des Landes sowie den starken Anstieg von Tätern aus osteuropäischen Ländern nicht berücksichtigt.

### **Begründung:**

Aktuell macht Köln durch die Berichterstattung über eine Gewaltserie in der Kölner U-Bahn, Überfälle auf Friedhöfen oder auch auf offener Straße sowie sexuelle Belästigung am helllichten Tag von sich reden.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Thematik „Sicherheit im öffentlichen Raum“ nochmals intensiv zu diskutieren und die Verwaltung aufzufordern, gemeinsam mit der Polizei und der KVB Maßnahmen zu ergreifen, welche die Sicherheit der Menschen stärken und auch deren subjektives Sicherheitsempfinden wieder herstellen.

Neben einer Verschärfung der Strafgesetzgebung sowie deren konsequenter Umsetzung durch Staatsanwaltschaft und Gerichte, der Durchführung von Personenkontrollen, einer Intensivierung von Streifengängen durch Polizei und private Sicherheitsdienste müssen hierzu künftig zusätzliche präventive Maßnahmen ergriffen werden.

So ist es Aufgabe der Stadtplanung, sich der Problematik anzunehmen und beispielsweise durch aufwertende Umgestaltungen von Freiflächen, Verstärkung der Beleuchtung und durch das Zurückschneiden städtischen Grüns sowie die Reduzierung von Versteckmöglichkeiten dem vielfachen Unsicherheitsempfinden im öffentlichen Raum entgegenzuwirken. Zudem können bestimmte Bebauungsstrukturen und Gebäudetypen verbesserte Möglichkeiten informeller und formeller Kontrolle sicherstellen.

Denn Angstempfindungen – nicht allein von Frauen und älteren Menschen – sind insbesondere für die dunklen Abend- und Nachtstunden an spezifischen Orten des städtischen Raumes, z.B. an Haltestellen des ÖPNV, in Parkhäusern, Unterführungen, Parkanlagen oder auch menschenleeren Plätzen gegeben.

Ziel aller Maßnahmen muss es sein, eine sichere Nutzung des städtischen Raums auch in den Abend- und Nachtstunden zu ermöglichen und damit einem (partiellen) Rückzug aus dem öffentlichen Raum entgegenzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz  
Fraktionsgeschäftsführer